

PRESEMITTEILUNG

Sperrfrist: 16.30 Uhr

16. Juli 2009

Ministerpräsident Roland Koch und hochrangige Finanzplatz-Vertreter fordern eine veränderte Finanzmarktarchitektur – Europäischer Ausschuss für Systemrisiken (ESRB) soll in Frankfurt am Standort der EZB angesiedelt werden – Podiumsdiskussion zu Neuordnung und Regulierung der europäischen Finanzmärkte

Die Konzentration der deutschen Finanzaufsicht in Frankfurt, die Ansiedlung des Europäischen Ausschusses für Systemrisiken (ESRB) bei der Europäischen Zentralbank (EZB) – das sind einige der Forderungen, die der hessische Ministerpräsident Roland Koch im Rahmen einer Podiumsdiskussion über die Rolle des Finanzplatzes Frankfurt bei der Neuordnung von Aufsicht und Regulierung der europäischen Finanzmärkte stellte. Vertreter von Banken, Börse und Wissenschaft bekräftigten diese Forderungen und ergänzten sie um weitere konkrete Anknüpfungspunkte. Der Finanzplatz Frankfurt unterstreicht damit einmal mehr seinen Führungsanspruch in der Debatte um die europäische Finanzarchitektur der Zukunft.

„Die globale Reform von Regulierung und Aufsicht wird von zentraler Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes Frankfurt sein“, erklärte **Lutz Raettig, Präsidiumssprecher von Frankfurt Main Finance**, den Ansatzpunkt der Podiumsdiskussion. Bereits jetzt verweisen Politik und Marktteilnehmer darauf, dass am Standort Frankfurt die Stabilität der Märkte einen höheren Stellenwert habe, als an anderen Plätzen. „Die nunmehr vorgelegten Vorschläge der EU-Kommission zur Reform der Finanzmarktaufsicht eröffnen die Chance, den Finanzplatz Frankfurt zu einem herausragenden Zentrum der Aufsicht über die europäischen Finanzmärkte zu entwickeln“, so Raettig weiter. „Die Voraussetzungen dafür sind – schon allein wegen der Anwesenheit wichtiger Institutionen wie EZB und CEIOPS – exzellent.“

Der **Kämmerer der Stadt Frankfurt, Uwe Becker**, betonte in seinem Grußwort, trotz der Finanzkrise unternehme die Stadt „alle Anstrengungen, ein attraktiver Standort für die Finanzbranche zu bleiben“. Dabei gehe es nicht allein um die verkehrliche Infrastruktur, obwohl der Ausbau des Flughafens natürlich eine zentrale Rolle spiele, sondern auch um so genannte weiche Faktoren wie das Angebot an kulturellen und sportlichen Veranstaltungen. Ein besonderer Schwerpunkt werde auf den Ausbau Frankfurts zur Familienstadt gelegt. Durch flexible Kinderbetreuung und vielfältige Bildungsmöglichkeiten wolle Frankfurt für junge Berufstätige attraktiv bleiben.

Im Rahmen seiner Einführungsrede stellte der **hessische Ministerpräsident Roland Koch** eine Reihe konkreter Forderungen auf.

So müssten bei der Reform der Aufsicht und Regulierung eine stärkere Ausrichtung auf die Systemstabilität gewährleistet und die wesentlichen Risikopotenziale erfasst werden.

Die angemessene Beaufsichtigung und Regulierung aller systemrelevanten Marktteilnehmer sei sicher zu stellen.

Der Europäische Ausschuss für Systemrisiken (ESRB) sei bei der Europäischen Zentralbank einzurichten, die nationale Finanzaufsicht in Frankfurt zu konzentrieren.

In Umsetzung des Vorschlages der Europäischen Kommission müsse die Europäische Versicherungsaufsicht, heute CEIOPS, in der künftigen Aufsichtsarchitektur als eigenständige Institution erhalten werden.

Außerdem forderte der Ministerpräsident die Kreditwirtschaft zur entschiedenen Verstärkung der Kreditvergabe und den Finanzplatz Frankfurt zu einer gemeinsamen Positionierung für ein nachhaltiges, wirtschaftlich stabiles Geschäft der Finanzindustrie auf.

„Die herausragende Neuerung in der zukünftigen Finanzmarktregulierung kann die Makroökonomische Supervision werden“, erklärte **Prof. Dr. Jan Pieter Krahen, Direktor des Center for Financial Studies (CFS) an der Goethe-Universität Frankfurt**. Damit dies geschehe, müsse es zu einem Entschluss kommen, nationale Kompetenzen auf eine gemeinsam betriebene, supranationale Institution zu übertragen. Dazu gehöre auch die Weiterleitung bisher ausschließlich national gehüteter Daten, wie etwa die einzelnen finanziellen Beziehungen zwischen großen Finanzinstitutionen. Krahen zeigte sich allerdings skeptisch, ob der gegenwärtige internationale Konsens groß genug sei, auch nur diese Hürde zu überspringen. Ein klares Bekenntnis der wichtigsten Akteure in Deutschland – Banken, Aufsicht, Regierung und auch Landesregierung - zu dieser Datenöffnung wäre ein wichtiges Zeichen.

Konkrete Vorschläge für ein verbessertes Risikomanagement der Banken machte **Wolfgang Hartmann, Mitglied des Präsidiums von Frankfurt Main Finance** und Vorsitzender des Vorstandes des Trägervereins des Instituts für Risikomanagement und Regulierung und bis Mai 2009 im Vorstand der Commerzbank verantwortlich für das Risikomanagement. Trotz der in den letzten Jahren geänderten Vorschriften zur Kapitalunterlegung habe die aktuelle Entwicklung Schwächen aufgezeigt. Für bestimmte Marktrisiken sei die Kapitalunterlegung immer noch zu niedrig; das habe die Fehlentwicklung begünstigt. Die größten Verluste der Banken seien an der Schnittstelle zwischen Markt- und Kreditrisiko entstanden. Dies gelte es in der Zukunft durch ein besseres Verständnis der Kreditmärkte in einem verzahnten Modell von Adressenausfall- und Marktrisiko zu verhindern. Kreditrisiken müssen zukünftig noch stärker sowohl aus der Marktrisikoperspektive gesehen werden als auch beim Halten bis zur Fälligkeit als Adressenausfallrisiko. Durch die schwierige Situation in der Realwirtschaft kommen auf die Banken zunehmende Herausforderungen bei der Begleitung von Restrukturierungen zu.

Hans-Dieter Brenner, Vorsitzender des Vorstands der Helaba, gab zu bedenken, dass Europa nahezu der einzige Gültigkeitsbereich für Basel II sei und deshalb die europäische Wirtschaft besonders unter den prozyklischen Effekten dieses Regimes leide. Die prozyklischen Wirkungen der Rechnungslegung entstünden durch die enge Verknüpfung mit dem jeweiligen Aufsichtsrecht sowie der starken Verzahnung mit der Kreditwirtschaft. Die auch politisch geführte Diskussion zur Verminderung von krisenverstärkenden, prozyklischen Effekten sollte weiter fortgesetzt werden. Die Standardsetter in der Rechnungslegung sollten zusammen mit den Regulatoren Vorschläge entwickeln, um die prozyklischen Auswirkungen von Rechnungslegungsstandards und Eigenkapitalanforderungen zu vermeiden.

Mit Blick auf die IFRS fügte er hinzu, dass die starke Marktwertorientierung der IFRS in Verbindung mit der quartalsweisen Berichterstattung die Volatilität der Ergebnisausweise erhöhe. Für Externe sei damit nicht klar erkennbar, in welcher Höhe das jeweils ausgewiesene Ergebnis nachhaltig ist oder aus vorübergehenden Bewertungseffekten resultiert. Dies erschwere die Markttransparenz und die Finanzmarktkommunikation und begründe seinerseits an den Märkten zusätzliche Vertrauensverluste und damit einhergehend weitere Marktverwerfungen.

Um auf die Rückgewinnung des Vertrauens der Öffentlichkeit in Abschlüsse des Finanzsektors hinarbeiten, regte **Albrecht Merz, Mitglied des Vorstands der DZ BANK**, eine Reduzierung der Komplexität in der Rechnungslegung und eine Harmonisierung mit den aufsichtsrechtlichen Vorschriften an. Die von Banken offenzulegenden Informationen haben einen Umfang und eine Detailliertheit erreicht, die selbst für Fachexperten schwer zu überblicken seien und den unterschiedlichen Adressaten kaum nachvollziehbar vermittelt werden können. Im Sinne der Transparenz sollten sich die Vorschriften künftig an der ökonomischen Steuerung orientieren und die wirtschaftliche Darstellung in den Vordergrund stellen.

Roger Müller, Chefsyndikus der Deutschen Börse AG, betonte noch einmal die Notwendigkeit, Stabilität und Integrität der globalen Derivatemärkte nachhaltig zu stärken. Die Nutzung einer Zentralen Gegenpartei (CCP) für das außerbörsliche (Over the Counter, OTC) Derivategeschäft könne hierzu einen wesentlichen Beitrag leisten und systemische Risiken effektiv reduzieren. Eurex Clearing als Europas größte zentrale Gegenpartei unterstützt die Anstrengungen der Industrie um ein verbessertes Risikomanagement durch die Einführung von "Eurex Credit Clear" als zentraler Verrechnungsstelle für Kreditderivate (Credit Default Swaps). Damit reduziere sich insbesondere die Gefahr eines Kontrahentenausfalls und nachfolgender negativer Effekte auf weitere Marktteilnehmer.

Prof. Dr. Udo Steffens, Präsident und Vorsitzender der Geschäftsführung, Frankfurt School of Finance & Management, plädierte für eine Neuorientierung der Managerausbildung. Mindestens so wichtig wie eine Orientierung an verbesserten Kennzahlen, Instrumenten und Prozessen sei eine Orientierung an Werten. Zugleich betonte er die Bedeutung der Ausbildung künftiger Risikomanager und rief zu einer Stärkung der vorhandenen Initiativen auf. Frankfurt habe die Chance, sich mit dem in der Konzeptionsphase befindenden Institut für Risikomanagement und Regulierung hier in der internationalen Top-Liga zu positionieren.

In seinem Schlusswort äußerte sich **Europaminister Jörg-Uwe Hahn** zuversichtlich, dass der Standort Frankfurt von der internationalen Neuordnung der Bankenaufsicht profitieren werde. Er plädierte für Sorgfalt und Augenmaß bei der Neuordnung von Regulierung und Aufsicht, auf europäischer Ebene für eine inhaltliche und zeitlich abgestimmte Umsetzung der vom L'Aquila-Gipfel begrüßten jüngsten Beschlüsse der EU-Gremien. Die neue Finanzarchitektur müsse eine globale und nicht nur europäische Angelegenheit werden, meinte Hahn. Ein klares Bekenntnis des Finanzplatzes Frankfurt zu einem stabilen, risiko-adäquat regulierten und beaufsichtigten Finanzmarkt sei auch ein wichtiges Signal für die nationalen und internationalen Marktteilnehmer.

Ansprechpartner für Presseanfragen:

Josef Schießl

Geschäftsführer (komm.)

Frankfurt Main Finance e.V.

MAIN TRIANGEL

Zum Laurenburger Hof 76

60594 Frankfurt am Main

Telefon 069 94 41 80 26

Telefax 069 94 41 80 19

josef.schiessl@frankfurt-main-finance.com